

Was, wenn der Plan falsch ist?

Die Nichtnachhaltigkeit der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und der Agenda 2030

Joachim Penzel

Seit sechs Jahren hat in den deutschsprachigen Ländern ein umfangreicher Prozess begonnen, die von der UN im Jahr 2015 verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in die bestehenden Fachlehrpläne der einzelnen Staaten, ihrer Bundesländer und Kantone einzuarbeiten. Die SDGs werden nicht nur als Leitplanke für den größten gesellschaftlichen Transformationsprozess seit Beginn der Industrialisierung im späten 19. Jahrhundert verstanden, sondern auch als Orientierungsrahmen für das Bildungssystem interpretiert. Von vielen Entscheidungsträgern in Politik und Wissenschaft wurde widerspruchslos eine Zielvorgabe akzeptiert und administrativ umgesetzt, ohne deren Inhalte und Konzeption zu diskutieren und hinsichtlich ihrer Realisierungschancen zu prüfen. In den Bildungswissenschaften wird zudem ausgeblendet, inwieweit ein administrativ initiiertes und gesteuerter Reformprozess überhaupt die erwünschten Wirkungen hervorrufen kann (zur strukturellen Kritik von Bildungsreformen bereits Luhmann 2004, S. 238).

Vor diesem Hintergrund möchte der folgende Text zu einer breiteren Diskussion dieser komplexen Probleme der SDGs ermutigen. Im Folgenden werden einige grundlegende konzeptionelle und administrative Schwierigkeiten des seit acht Jahren laufenden Prozesses herausgearbeitet. Dabei wird insbesondere die Nichtnachhaltigkeit der Nachhaltigkeitsziele diskutiert.

SDGs als globaler Masterplan des 21. Jahrhunderts

Es war ein weiter Weg von der ersten fundamentalen Kritik des ungebremsten Ressourcenverbrauchs zum Zwecke des Wirtschaftswachstums und der Wohlstandserhöhung, die der Club of Rom 1972 unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ veröffentlicht hatte, über die „Agenda 21“ mit ihrem Leitbild für nachhaltige Entwicklung von Rio de Janeiro von 1992 bis zur Verabschiedung der „Agenda 2030“ mit ihren „Zielen für eine nachhaltige Entwicklung“ (engl.: Sustainable Development Goals, kurz SDGs) auf dem UN-Weltgipfel 2015 in New York. Die Warnrufe der verschiedenen Wissenschaften hatten vier Jahrzehnte lang wenig bewirkt. Die Schäden der natürlichen Umwelt mussten erst in Gestalt von regelmäßigen Unwetterkatastrophen, vertrocknenden Wäldern, Versteppungsprozessen und Wüstenbildungen in einst fruchtbaren Gegenden Asiens und Afrikas, einem unübersehbaren Artensterben, kontinuierlich steigenden Temperaturen und Migrationsbewegungen in einem historisch beispiellosen Ausmaß deutlich werden, damit eine Mehrheit der in der UN vertretenen

Nationen sich bereit erklärte, Maßnahmen zur Bekämpfung der miteinander eng verbundenen ökologischen und sozialen Krisen zu ergreifen. Nach einer jahrzehntelangen Untätigkeit erschienen die 17 SDGs als eine echte Errungenschaft, um mit vereinten Kräften den Klimawandel stoppen, die Vergiftung und Vermüllung der Erde eindämmen und das Artensterben verlangsamen zu können.

Die 2015 verabschiedete „Agenda 2030“ ist als ein Zukunftsvertrag der Weltgemeinschaft für das 21. Jahrhundert zu verstehen, in der sich die ratifizierenden Nationen verpflichten, politische, wirtschaftliche und soziale Maßnahmen zu ergreifen, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und gleichzeitig wirtschaftlichen Wohlstand für eine wachsende Mehrheit der Menschen zu sichern. Bei den 17 SDGs handelt es sich um einen schlagwortartigen Katalog, der verschiedenen ökonomische, soziale und ökologische Leitziele auflistet, ohne deren systemische Verbindung und komplexe Abhängigkeit sichtbar zu machen. Jedes einzelne dieser Ziele umzusetzen, bspw. keine Armut (SDG 1) und keinen Hunger (SDG 2) zuzulassen, bezahlbare und saubere Energie bereitzustellen (SDG 7) oder Frieden und Gerechtigkeit durchzusetzen (SDG 17), stellt nicht nur eine Herausforderung für jede einzelne Nation, sondern angesichts der aktuellen Weltentwicklung eine geradezu unlösbare Aufgabe dar. Dennoch werden die SDGs als eine Art Masterplan für die soziale und ökonomische Transformation der Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert verstanden. Entsprechend hat die Deutsche Bundesregierung im Jahr 2021 die „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ (DNS) verabschiedet. In der Information des Bundesministeriums für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz heißt es einleitend: „Die Basis der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) ist ein ganzheitlicher, integrativer Ansatz: Nur, wenn die Wechselwirkungen zwischen den drei Nachhaltigkeitsdimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales beachtet werden, lassen sich langfristig tragfähige Lösungen erreichen. Die Strategie zielt auf eine wirtschaftlich leistungsfähige, sozial ausgewogene und ökologisch verträgliche Entwicklung, wobei die planetaren Grenzen unserer Erde zusammen mit der Orientierung an einem Leben in Würde für alle die absoluten Leitplanken für politische Entscheidungen bilden.“ (DNS 2023) Dort heißt es ebenso, die DNS ist kein „theoretisches Grundsatzpapier“, sondern ein „Managementsystem“, das Ziele mit Zeitrahmen definiert, ein kontinuierliches Monitoring vorantreibt sowie Regeln zur Steuerung und zur institutionellen Ausgestaltung benennt (ebenda).

Die staatliche Administration sieht sich als die treibende Kraft, durch diverse Initiativen und Gesetzesvorgaben die Umsetzung der SDGs voranzubringen. Dabei wird jedoch nicht gefragt, ob politische und administrative Vorgaben überhaupt in der Lage und ausreichend sind, eine grundlegende Reform des Zusammenlebens komplexer Nationalstaaten einerseits und einer äußerst heterogenen Weltgemeinschaft andererseits einzuleiten. Grundsatzfragen zum aktuellen Zustand der globalen und ebenso der nationalen Gesellschaft(en), zu deren struktureller Transformation und zu Visionen ihres zukünftigen Zustandes werden nicht gestellt. Somit ist absehbar, dass der Masterplan der SDGs, der bislang als „Order from Above“ ohne kritischen Diskurs über die bestehenden Sozialsysteme und deren Verantwortung für den desolaten Zustand von Natur und Gesellschaft angelegt ist, eigentlich nur scheitern kann. (Zur Kritik an den bisherigen Ergebnissen des mehr oder weniger strukturlosen Reformprozesses und einer alternativen Konzeption für die erforderliche Transformation: Dixon-Declève et al. 2022)

Konzeptionelle Probleme der SDGs

In diesem thesenartigen Text kann nur auf vier grundlegende Probleme der komplexen Sachlage des administrativ gesteuerten Nachhaltigkeitsprozesses eingegangen werden – auf die Stabilisierung der bestehenden Wirtschafts- und Sozialsysteme durch die SDGs, dem damit verbundenen Mangel an Realitätsbezug, dem Festhalten an einem exklusiven Demokratiemodell und der Beibehaltung einer anthropozentrischen Ausrichtung des Transformationsprozesses.

1) Beibehaltung des Status quo – oder das große Weiter-so-wie-bisher

Studien über den Zustand der weltweiten Ökosysteme und zur Entwicklung der Menschheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Zusammenfassungen: Penzel 2019 b Kap. I; ders.: 2023 Kap. I) kommen übereinstimmend zu dem Schluss, dass die bisherige extensive Art des Wirtschaftens maßgeblich für die Zerstörung der natürlichen Ressourcen, für alle Arten sozialer Ungleichheit sowie kriegerischer Konflikte zwischen Staaten verantwortlich sind. Grob vereinfacht bedeutet dies: Der Prozess der Moderne, der u.a. gekennzeichnet ist durch Industriekapitalismus, Elitedemokratien und Staatsozialismus, Nationalismus und Globalisierung, hat mit großer Beschleunigung jene desolaten Zustände in Natur und Kultur hervorgebracht, in der Umweltkatastrophen auf der Tagesordnung stehen, Armut sich in allen Gesellschaftssystemen immer mehr ausbreitet und ein Atomkrieg täglich wahrscheinlicher wird (exemplarisch: Chomsky 2018). Es ist also nicht zu leugnen, dass diejenigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die für die aktuelle Krisenbündelung in Natur und Gesellschaft verantwortlich sind, nicht beibehalten werden können, wenn man die angesprochenen Probleme ernsthaft ändern will.

Das zentrale konzeptionelle Defizit der SDGs liegt in dem programmatischen Mangel an Ursachenbenennung und einer Beschränkung der Planungsaktivitäten auf politisch neutrale und wirtschaftsaffine Zielaussagen. In den SDGs, ihren politischen Kommentaren und den staatlichen Umsetzungsmaßnahmen werden ohne jedes Zweifeln, ohne jeden Ansatz von Kritik die großen Verheißungen der Moderne, nämlich ungebremstes Wirtschaftswachstum, Wohlstand für alle und technisch-materieller Fortschritt, als eine Art Glaubensfundament und Heilsversprechen beibehalten. Dass Wachstum, Wohlstand und Fortschritt aber die unmittelbaren Ursachen für Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung, für soziale Ungleichheit und kriegerische (insbesondere geostrategische) Konflikte sind, wird schlichtweg ausgeblendet. So erscheinen die SDGs einerseits als noble Ziele, die erheblich zur Tatsachenschleierung beitragen, und andererseits als symbolischer Aktivismus, der garantiert, dass die tatsächlichen Ursachen aller globalen, regionalen und lokalen Krisen weder benannt noch beseitigt werden. Der Blick auf das bislang Erreichte verdeutlicht, dass ein Transformationsplan ohne kritischen Rück- und ohne visionären Ausblick zum Scheitern verurteilt ist.

2) Abkopplung der administrativen Maßnahmen von der sozialen Realität

Mit Blick auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kann man feststellen, dass mit größtem politischen Druck und ungeheuren Finanzinvestitionen an der Umsetzung der SDGs

gearbeitet wird. Schaut man jedoch auf die bisher erreichten Ergebnisse, dann fällt in fast allen 17 Zielpunkten die Bilanz ernüchternd aus. Mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland lässt sich beispielsweise schlaglichtartig feststellen, in welchen Bereichen die Ziele bis heute verfehlt werden bzw. die Entwicklung rückläufig ist:

- der Volkswohlstand ist rückläufig, Armut erfasst immer mehr Einzelpersonen, Familien und soziale Gruppen in der BRD (SDG 1);
- durch Sparmaßnahmen hat sich der Zustand des Gesundheitssystems derart verschlechtert, dass es vielerorts, vor allem im ländlichen Raum, nur noch zu Grund- und Notversorgungen kommt (SDG 3);
- im Bildungssystem ist der Lehrkräftemangel aufgrund von Sparmaßnahmen derart akut, dass eine hochwertige Entwicklungsbegleitung Heranwachsender kaum noch möglich ist; es besteht nach wie vor keine Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem (SDG 4);
- nach der Liberalisierung der lokalen Wasserwirtschaft durch EU-Gesetze hat sich vielerorts die Wasserqualität derartig verschlechtert, dass nur noch stark gechlortes Trinkwasser bereitgestellt werden kann; aufgrund der abgesunkenen Grundwasserspiegel gibt es erste lokale Sparmaßnahmen für Brauchwasser (SDG 6);
- bezahlbare Energie für Haushalte und Industrie ist seit einem Jahr von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen abhängig; die Produktion von Energie auf der Basis fossiler Energie steigt seit 2022 wieder an (SDG 7);
- der Anteil von Menschen, die für Mindestlohn arbeiten, steigt; der Mindestlohn wurde im Jahr 2023 von der Inflationsentwicklung entkoppelt, so dass er gemessen am Durchschnittseinkommen gesunken ist (SDG 8);
- der gewerbliche Mittelstand als Rückgrat der deutschen Wirtschaft erodiert, Teile der Großindustrie wandern ab (SDG 9);
- die sogenannte soziale Schere zwischen Arm und Reich wächst seit Jahren kontinuierlich (SDG 10);
- die in Privathaushalten erzeugten Müllmengen wachsen seit Jahren exponentiell an und werden durch den Internethandel weiter verstärkt (SDG 12);
- weder die jährlichen nationalen Klimaziele, insbesondere der Emissionsausstoß, noch andere wichtige Umweltziele wurden bislang erreicht (SDGs 13, 14, 15);
- die BRD erhöht ihre Militärausgaben, baut ihre atomare Rüstung aus und liefert Waffen in kriegführende Länder (SDG 16).

Lediglich die Bekämpfung von Hunger im eigenen Land (SDG 2), die Durchsetzung von Chancengleichheit der Geschlechter (SDG 5) und die Einleitung von Maßnahmen für die Entwicklung nachhaltiger Städte und Gemeinden (SDG 11) kann insgesamt als positiv bilanziert werden. Der Blick auf ärmere Länder und deren gravierende wirtschaftliche und soziale Probleme verschleiert die Tatsache, dass bezüglich der meisten Nachhaltigkeitsziele die Entwicklungstendenz in der BRD und in anderen europäischen Staaten seit Jahren rückläufig ist. Wenn in den führenden Wirtschaftsnationen der Welt die Teilziele in den einzelnen Jahresetappen gerade noch so erreicht oder sogar verfehlt werden, wie will man dann die Gesamtziele von 2030 im Weltmaßstab erreichen? Wie will man die Einhaltung dieser Ziele von den anderen Vertragspartnern einfordern, wenn man sie selbst kaum noch bzw. überhaupt nicht erreicht? Es ist Zeit, einen breiten Diskurs über die Realitätstauglichkeit von Zie-

len zu führen, die auf der Basis der bestehenden Wirtschafts- und Staatssysteme und der sie bedingenden kollektiven Mentalität mit ihren spezifischen kulturellen Identitätsmustern niemals zu erreichen sind. Die inhärente Fortschritts-, Wohlstands- und Wachstumsideologie der SDGs ist die Garantie für das Scheitern des Transformationsprozesses.

3) Festhalten an einem exklusiven Demokratiemodell

Die SDGs in ihrer bestehenden Form sind Ausdruck eines rückwärtsgewandten Weltbildes, denn sie stabilisieren letztlich das bestehende neoliberale Wirtschaftssystem, das gleichermaßen von den Demokratien westlicher Prägung und diversen Spielarten von Diktaturen und totalitären Staaten unterstützt wird. Durch den Wandel der Marktwirtschaft in einen „totalitären Konsumkapitalismus“ (Welzer 2013, S. 16) in Verbindung mit einem extensiven „Überwachungskapitalismus“ (Zuboff 2018) haben sich auch die repräsentativen Demokratien des Westens in „Postdemokratien“ (Crouch 2008), in „simulative Demokratien“ (Blühdorn 2013), in „gelenkte Demokratien“ (Wolin 2020, S. 123), in „Elitedemokratien“ (Mausfeld 2019) bzw. „Plutokratien“ (Schneidewind 2014) gewandelt. Die legislative und exekutive Arbeit wird seit einigen Jahrzehnten zumeist von Berufspolitiker*innen durchgeführt, die keine unmittelbare Einbindung in andere Berufsbereiche im gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialleben mehr haben. Durch einen solchen Mangel an sozialer Integration hat Politik einen exklusiven Status. Dass Wähler*innenmeinungen und politische Entscheidungen mittlerweile weit auseinanderklaffen, zeigen die jüngsten wirtschafts- und außenpolitischen Entwicklungen in Deutschland. Gerade mit Blick auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele kann man feststellen, dass die Chancen zur Einbindung der kollektiven Intelligenz und Kreativität der unterschiedlichen Professionen und der Lebenserfahrungen der Bürger*innen in den politischen Prozess der Entscheidungsfindung verschenkt werden. So entsteht eine exklusive Politik, der von Anfang an die breite Basisunterstützung der Menschen und damit ein wesentlicher Teil der Legitimität fehlen.

Tatsächlich wurzelt der exklusive Charakter des westlichen Demokratiemodells weniger in der Herausbildung einer politischen Berufselite in den letzten 50 Jahren, sondern an der Art des Zustandekommens legislativer Entscheidungen. Seit 200 Jahren arbeiten die Parlamente demokratischer Staaten nach dem Konsensmodell, das heißt, es wird bezüglich eines anstehenden Sachproblems ein Mehrheitskonsens im Sinne des gemeinsamen Nenners erarbeitet. Dieser Mehrheitskonsens ist automatisch exklusiv gegenüber Minderheitenvorschlägen und ebenso gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen der Konsenspartner (bspw. den Koalitionsparteien der aktuellen Regierung). Angesichts des massiven Verlustes an öffentlicher Zustimmung der Regierungen scheint es dringend geboten, das exklusive Demokratiemodell zu reformieren und in ein zeitgemäßes inklusives Modell umzugestalten. Dies würde erfordern, die vorhandenen administrativen und finanziellen Mittel so zu verteilen, dass nicht ausschließlich ein privilegierter Weg beschritten, sondern mehrere verschiedene Lösungsansätze für ein Problem unterstützt werden (bspw. zu den Strukturen einer integralen, mehrspurigen Umweltpolitik: Zimmerman et.al. 2012). Das könnte bspw. für die Energiepolitik in Deutschland bedeuten, neben der staatlichen Förderung erneuerbarer Energien vorübergehend auch Atomenergie und in begrenztem Umfang fossile Energieerzeugung zu unterstützen, wenn die ökologische Gesamtbilanz dadurch insgesamt günstiger ausfällt als bei der Beschreitung des einen exklusiven Weges (der für die BRD u.a. mit dem Import von

„dreckigem Strom“ aus Nachbarländern und umweltschädigendem Fracking-Gas aus Übersee verbunden ist).

Eine derartige Förderung verschiedener Problemlösungen könnte enorm dazu beitragen, verschiedene Wirtschaftsunternehmen und soziale Institutionen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu mobilisieren, denn sie können dann den für sie passenden Weg beschreiten und müssen nicht Gesetze erfüllen, die ihre wirtschaftliche Existenz gefährden. „Mehr Demokratie wagen“ bedeutet letztlich Diversität zu unterstützen. Es gilt, die unterschiedlichen Lösungsstrategien für akute Probleme zu wertschätzen und in der Folge zu fördern. Es gibt ein gemeinsames Ziel (SDGs), aber viele verschiedene Wege, die zur Umsetzung führen. Das gilt nicht nur für einen einzelnen Staat wie Deutschland, sondern ebenso für die Weltgemeinschaft der Nationen. Die Demokratien der Zukunft (der Transmoderne, vgl. Penzel 2019 a) sollten nach dem Inklusions- und Heterogenitätsmodell arbeiten und synergetisch die verschiedenen sozialen Kräfte auf ein gemeinsames Ziel (bspw. SDGs) ausrichten, ohne dabei in administrativen Entscheidungen soziale Komplexität zu reduzieren und dadurch Diversität zu unterbinden.

4) *Kontinuität des Anthropozentrismus*

Neben der inhärenten Wachstums-, Wohlstands- und Fortschrittsideologie ist das bestürzende konzeptionelle Element der SDGs das unreflektierte Festhalten an der Mentalität des Anthropozentrismus. Alle Nachhaltigkeitsziele sind letztlich auf die Menschen und deren Wohlergehen ausgerichtet – die Natur wird ohne jeden Skrupel zur einer den Menschen gehörenden Lebensgrundlage erklärt. Das verdeutlichen selbst noch die offiziellen Vermittlungsansätze der SDGs im Bildungssystem: „Es geht darum, *allen* heute lebenden Menschen sowie deren Kindern und Enkelkindern die Chancen zu wahren auf ein Leben in Würde, Gerechtigkeit und Frieden, auf soziale Sicherheit ebenso wie wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten – bei gleichzeitigem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.“ (Umwelt im Unterricht, 2021) Aus solchen Formulierungen spricht entweder mit beispielloser Naivität oder mit neoliberaler Programmatik eine Mentalität, die glaubt, dass die Erde mit ihrer Vielzahl von Lebewesen und Lebenskräften nur für die Menschen und deren Wohlstandssicherung existieren würde. Wenn man bedenkt, dass sich innerhalb der Natur-, Sozial- und Kulturwissenschaften seit gut 20 Jahren eine Wende von den Human- hin zu den Lebenswissenschaften vollzogen hat, deren theoretische Grundlage die Fundamentalkritik der anthropozentrischen Denkformen der Moderne darstellt (Überblick. Penzel 2019 b, Kap. I.2), dann müssen derartige Formulierungen bestürzen. Während lebensgerechtes Handeln auf der Grundlage eines nicht-anthropozentrischen Denkens mittlerweile unter dem Schlagwort „*Enlivement*“ als Kernziel einer zweiten Aufklärung (*Enlightenment*) verstanden wird (Zusammenfassung: Weber 2016), agieren Politik und Bildung über weite Strecken noch immer nach den Handlungsprinzipien des Anthropozentrismus.

Aus der Perspektive einer Wertschätzung allen Lebens müsste die genannte Formulierung folglich umgeschrieben werden: Heute lebende Menschen können nur so viel Lebensressourcen verbrauchen, dass alle Lebewesen dieser Erde überleben und gut leben können. Wenn man also vom Lebensbegriff ausgeht sind alle Lebewesen gleichwertig zu betrachten und zu behandeln. Die Menschen können also keine Ausnahme- und Herrschaftsposition

mehr beanspruchen. Eine solche Haltung verpflichtet die humane Spezies nicht nur dazu, ressourcenschonend zu leben, sondern ebenso die menschliche Kreativität und Leistungsfähigkeit zum Wohle aller anderen Lebewesen einzusetzen, denn ökologisches Haushalten bedeutet ein wechselseitiges Geben und Nehmen (Weber 2016 und 2018). Das setzt einen enormen Mentalitätswandel in allen Gesellschaftssystemen und Kulturen dieser Welt voraus. Darin besteht die eigentliche Herausforderung der Gegenwart: Es geht um eine Art innere Revolution des Menschen, um die Zertrümmerung jener egoistisch-anthropozentrischen Perspektive auf das Verhältnis von Natur und Mensch (dazu bereits Fromm 1976, Dritter Teil). Es geht um die durchaus bittere Einsicht, dass Wachstum, Wohlstand und Fortschritt genuine menschliche Ziele darstellen, aber keine universellen existentiellen Prinzipien verkörpern, und dass sie folglich auch wenig als Leit motive einer ökologisch-sozialen Transformation der Agenda 2030 dienlich sind.

Seitens der Kulturwissenschaften und der Staatsrechtforschung wurden bereits erste Vorschläge unterbreitet, wie ein ökologisches Grundgesetz und ein lebensgerechter Verfassungsstaat aussehen könnten (Steinberg 1998; Latour 2001; Kersten 2022). Verschiedene Gruppen von Lebewesen (wie Säugetiere, Insekten, Fische), aber ebenso Lebenssysteme (wie Böden, Flüsse, Weltmeere) wären dann durch menschliche Interessenvertreter in den einzelnen Parlamenten stimmberechtigt. Die Natur würde dadurch als aktive Kraft, als ein Quasisubjekt, ernst genommen und nicht mehr auf den Status eines Objektes bspw. einer auszubeutenden Ressource degradiert (Latour 2017 und 2018). Erste Länder wie Neuseeland und die Schweiz haben begonnen, diese zunächst theoretischen Verfassungsmodelle in eine rechtliche und parlamentarische Praxis zu überführen. Nimmt man diese Entwicklungen ernst, dann müssten die SDGs dringend umformuliert oder durch ein offizielles Supplement ergänzt werden.

Fazit

Überblickt man diese ersten thesenartigen Kritiken an den SDGs und ihrer administrativen Umsetzung, so bildet sich der Eindruck, dass die bisherige Nachhaltigkeitspolitik auf einem rückwärtsorientierten Weltbild beruht, das in der Konsequenz zur Stabilisierung des global etablierten neoliberalen Wirtschaftssystems beiträgt. Die SDGs sind in diesem Kontext nur in den Bereichen erfolgreich umzusetzen, die unmittelbar kommerzialisiert werden können. Das trifft aber auf die Mehrheit der Nachhaltigkeitsziele nicht zu. Deshalb sind grundlegende Erfolge wie bspw. die Erreichung des 1,5-Grad-Zieles nicht nur als unrealistisch, sondern als unwahrscheinlich einzuschätzen, denn das erwünschte nationale und globale Wirtschaftswachstum ist ein sicherer Garant für ungebremste globale Temperaturerhöhung.

Will man die SDGs weiterhin als Leitplanke für den globalen Transformationsprozess akzeptieren, erscheinen folgende Analyse- und Konzeptionsprozesse dringend erforderlich:

- 1) Es sollte eine umfassende Problemdiagnostik betrieben werden, bei dem die vermeintlich positiven Errungenschaften von Moderne und Postmoderne überprüft und deren destruktive ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte herausgearbeitet werden. Für eine komplexe Ursachenforschung wäre vor allem die Wachstums- und Wohlstandsmythologie der westlichen Gesellschaften zu dekonstruieren (Zusammenfassung: Penzel 2022, Kap. I.1).

- 2) Es braucht ebenso eine kritische Bilanz des im bisher Transformationsprozess Erreichten, insbesondere eine realistische Bewertung der Nachhaltigkeitspolitik der führenden Industrienationen dieser Welt. Nur mit einem Eingeständnis des Scheiterns lassen sich gegenwärtige strukturelle Fehler erkennen und Entwicklungspotentiale aufzeigen.
- 3) Eine gesellschaftliche Transformation kann nur gelingen, wenn nicht nur Teilziele in den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Politik fokussiert werden, sondern ebenso strukturelle Fragen des sozialen Zusammenlebens, der kulturellen Mentalität und der wirtschaftlichen Organisation diskutiert werden. Es braucht Visionen für eine umfassende gesellschaftliche Transformation und keine unrealistischen Zehnjahrespläne von Politik und Wirtschaft, die den Glauben nähren, die große Veränderung sei allein mit technologischen und bürokratischen Mitteln zu bewerkstelligen.

Prägnant formuliert heißt die eigentliche Herausforderung der umfassenden Krisensituation der Gegenwart: *Die Menschheit muss sich neu erfinden, um das Leben auf diesem Planeten zu schützen und die Lebensgrundlagen für alle Wesen zu sichern.* Aufgrund der im bisherigen Evolutionsprozess freigesetzten kreativen und ethischen Potentiale erscheint eine solche *Renaissance des Menschen* in rücksichtsvoller Beziehung zur Natur durchaus möglich.

Texterstellung: 12-2023

Literatur

- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin
- Beutelsbacher Konsens (2011): <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/> (letzter Aufruf: 15.9.2023)
- Chomsky, Noam (2018): Kampf oder Untergang! Warum wir gegen die Herren der Menschheit aufstehen müssen. Frankfurt am Main
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main
- Dixon-Declève, Sandrine et al. (Hrsg.) (2022): Earth für All. Ein Survivalguide für unseren Planeten. Der neue Bericht an den Club of Rome. 50 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“. München
- DNS (2023): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Unter: <https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/nachhaltigkeitsstrategie> (letzter Aufruf: 11.09.2023)
- Fromm, Erich (1979): Haben und Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. Stuttgart
- Glas, Alexander; Krautz, Jochen und Sowa, Hubert (2023): Didaktik des Kunstunterrichts. Ein Lehrbuch für Studium und Praxis. Stuttgart
- Globales lernen (2021): Portal Globales lernen. Teilausgaben aller Fächer. Unter: <https://www.globaleslernen.de/de/kmkbmz-orientierungsrahmen/orientierungsrahmen-fuer-den-lernbereich-globale-entwicklung-or-teilausgaben-der-faecher> (letzter Aufruf: 14.09.2023)
- Kersten, Jens (2022): Das ökologische Grundgesetz. München
- Latour, Bruno (2001): Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie. Frankfurt am Main
- Latour, Bruno (2017): Kampf um Gaia. Acht Vorträge über das neue Klimaregime. Berlin
- Latour, Bruno (2018): Das terrestrische Manifest. Berlin

- Luhmann, Niklas (2004): Schriften zur Pädagogik. Frankfurt am Main
- Mausfeld, Rainer (2018): Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören. Frankfurt am Main
- Penzel, Joachim (2019 a): SYNERGIE als gesellschaftliche Organisationsform und als Bewusstseinszustand der Transmoderne. Eine Skizze aus Sicht der Integralen Theorie (Ken Wilber zum siebzigsten Geburtstag). In: Integrales Forum 2019 unter: <https://www.integralesforum.org/medien/metamoderne/5115-synergie-als-gesellschaftliche-organisationsform-und-als-bewusstseinszustand-der-transmoderne> (Letzter Aufruf: 05.01.2024)
- Penzel, Joachim (2019 b): Wir retten die Welt! Kunstpädagogik und Ökologie. Methodik. Curriculum. Unterrichtspraxis. München
- Penzel, Joachim (2022): Autonomie und Verbundenheit. Kunst als Achtsamkeitspraxis. Methodik und Unterrichtsbeispiele für eine nachhaltige Selbst- und Weltgestaltung. München
- Schneidewind, Rauno (2014): Von der Demokratie zur Plutokratie? Wie das Geldsystem, die Konzerne und die Geheimdienste unsere Zukunft bestimmen. Marburg
- Steinberg, Rudolf (1998): Der ökologische Verfassungsstaat. Frankfurt
- Umwelt im Unterricht (2021): das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und die SDGs. Unter: <https://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/das-konzept-der-nachhaltigen-entwicklung-und-die-sdgs> (letzter Aufruf: 13.10.2023)
- Weber, Andreas (2016): Enlivement. Eine Kultur des Lebens. Versuch einer Poetik für das Anthropozän. Berlin
- Welzer, Harald (2013): Selbst Denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt am Main
- Wolin, Sheldon S. (2022): Umgekehrter Totalitarismus. Faktische Machtverhältnisse und ihre zerstörerischen Auswirkungen auf unsere Demokratie. Frankfurt am Main
- Zimmerman, Michael E.; Esbjörn-Hargens, Sean: Integrale Ökologie. Die Vereinigung verschiedener Perspektiven auf die natürliche Welt. Hamburg
- Zoff, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt am Main